



„Union und SPD schnüren Mogelpackung“ von Dagmar Enkelmann

Fast im Handstreich wollen **Union und SPD im Bundestag die Abgeordnetenentschädigung um satte 10 Prozent oder fast 700 Euro erhöhen**. Stellen sie sich mal einen Augenblick vor, sie erhielten einen derartigen Aufschlag. Leider sieht die Realität für die meisten Bürgerinnen und Bürger ganz anders aus. Trotz wirtschaftlichen Aufschwungs treten die Einkommen der meisten auf der Stelle, haben Rentnerinnen und Rentner real sogar weniger in der Tasche. Ganz zu schweigen von den Langzeitarbeitslosen und Hartz-IV-EmpfängerInnen. Diese wissen noch nicht einmal, ob sie sich in diesem Winter eine warme Wohnung werden leisten können.

Deswegen ist die von der Großen Koalition gewollte Erhöhung der Diäten unverschämte und dreist. Und die als „Senkung“ verkaufte Minderung der Altersentschädigung ist nicht einmal ein Feigenblatt. Nach Adam Ries gilt noch immer: Wer sich zunächst einmal mehr Einkommen genehmigt und dann von diesem Mehr etwas abzieht, verliert am Ende nicht viel. Zudem wird künftig schon nach einem Jahr Bundestag ein Anspruch auf Altersentschädigung entstehen. Derzeit sind dazu noch 8 Jahre nötig. Vor allem aber soll es dabei bleiben, dass Abgeordnete für ihre Altersversorgung keinen Cent einzahlen müssen.

Wir sind gegen die Rente ab 67 auch für Abgeordnete. Anders als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben es MdB leichter, vorzeitig und ohne Abschläge in den Ruhestand zu gehen. Für Bundestagsabgeordnete ist dies nach 18 Jahren Zugehörigkeit zum Parlament ab einem Alter von 57 Jahren möglich.

Alles in allem: Diese „Reform“ des Abgeordnetengesetzes ist eine einzige Mogelpackung, zumal wir von dieser nicht einmal wissen, wie viel sie am Ende die Bürgerinnen und Bürgern kosten wird. Das ist unseriöse Haushaltspolitik.

Dieser „Reform“ wird sich die LINKE verweigern. Aber nicht nur das: Wir legen auch eine gerechte Alternative auf den Tisch: Wir schlagen vor, dass alle Bundestagsabgeordneten künftig in die Gesetzliche Rentenversicherung einzahlen und dort dann angemessene Rentenansprüche erwerben.

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

"Rechtsextremismus und Neue Medien"

von Lothar Bisky



Die Verbreitung von rechtsextremistischen Inhalten im Internet ist Besorgnis erregend: Eine besondere Rolle bei der Nutzung des Internets durch Rechtsextremisten und Rechtsextremistinnen spielen mediale Angebote. Seien es Offline- Angebote, die durch eine digitale Version den Weg ins Netz gefunden haben oder spezielle Online-Angebote, deren Formate auf die Bedürfnisse der Nutzerinnen und Nutzer abgestimmt sind.

Auch eine Vielzahl von Diskussionsforen oder Blogs sehen sich mit rechtsextremistischer Propaganda und Äußerungen mit rechtsextremistischen Inhalten konfrontiert. Dies geschieht offen und oftmals in einem strafrechtlich relevanten Maße, aber auch schleichend bzw. verdeckt in Äußerungen oder Darstellungen, die gerade noch unter der Schwelle der Strafbarkeit liegen.

Bild aus: <http://www.politische-bildung-brandenburg>.

Mehr zum Thema:

Um die Hintergründe näher zu beleuchten, haben Lothar Bisky, medienpolitischer Sprecher, und die Fraktion DIE LINKE die Kleine Anfrage "Rechtsextremismus und Neue Medien?" eingereicht." (Die Antwort und Verlinkung sind in der nächsten Ausgabe)

Kleine Anfrage zur **Umsetzung des Bundesprogramms „Förderung von Beratungsnetzwerken – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus“ Sep.2007**

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7734325813_1606356.pdf

Antwort der Bundesregierung:

http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7708229799_1606521.pdf

Auf den Internetseiten von Petra Pau finden Sie die schriftlichen Anfragen der LINKEN zum Thema Rechtsextremismus und Antisemitismus und die monatlichen Standardanfrage an das Bundesministerium des Inneren!

Hier finden Sie die aktuellen Zahlen für das Jahr 2007:

- zu Rechtsextremer und Fremdenfeindlicher Straftaten:
http://www.petrapau.de/16_bundestag/dok/down/2007_zf-rechtsextreme-straftaten.pdf
- zu Antisemitischen Straftaten: Übersicht 3.Quartal 2007:
http://www.petrapau.de/16_bundestag/dok/down/2007_zf_antisemitische_straftaten.pdf

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Öffentliche Anhörung zum NS-Unrecht:

Aufhebung von weiteren NS-Unrechtsurteilen rückt in greifbare Nähe von Wolfgang Neskovic

Seit über einem Jahr liegt unser Gesetzentwurf zur Aufhebung von NS-Unrechts-Urteilen vor. Jetzt ist es uns gelungen, eine öffentliche Anhörung dazu im Bundestag durchzusetzen. Worum geht es?

Mehr als 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Befreiung vom Nationalsozialismus sind noch immer nicht alle Opfer der NS-Militärjustiz rehabilitiert. Vor mittlerweile über elf Jahren stellte der Bundestag in einer EntschlieÙung fest: „Der Zweite Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen.“

Folgerichtig müsste sich kein Deserteur fragen lassen, warum er diesen Krieg nicht mitmacht und sich somit nicht an den Verbrechen der Nazis beteiligt hat.

Leider ist die Realität eine andere: Bis heute gelten jene, die durch den Verrat des Krieges denselben beenden und Verbrechen verhindern wollten, als vorbestraft. Die meisten von ihnen wurden hingerichtet und das Stigma des „Verräters“ lastet weiter auf ihnen und ihren Angehörigen.

Die NS-Militärjustiz verhängte über 30.000 Todesurteile und zehntausende Zuchthausurteile. Der Straftatbestand des „Kriegsverrats“ nach § 57 des Militärstrafgesetzbuches war seit der Fassung vom 23. November 1934 mit der Todesstrafe sanktioniert. Zu Todesurteilen kam es häufig allein dadurch, dass jemand Kommunist, Sozialist, Helfer von Kriegsgefangenen oder „Judenretter“ war. So entstand das Vergehen „Kriegsverrat“ vielfach erst in den Köpfen der Kriegsrichter, die aus widerständigen Handlungen eine Begünstigung des Feindes konstruierten.

Die damals ergangenen Urteile werden bis heute nur in einer Einzelfallprüfung, die durch einen Staatsanwalt erfolgen muss, aufgehoben. Diese Einzelfallprüfung ist für die Angehörigen der Betroffenen und die wenigen überlebenden Betroffenen auch wegen der damit verbundenen Beweisführung unzumutbar.

Unser Gesetzentwurf (16/3139) soll dafür sorgen, dass die Opfer endlich rehabilitiert werden. Denn um es mit den Worten des verstorbenen hessischen Generalstaatsanwalts Fritz Bauer zu sagen: „Ein Unrechtsstaat wie das „Dritte Reich“ ist überhaupt nicht hochverratstfähig.“

Drs: 16/3139 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7721328557_1603139.pdf



Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Agro- Gentechnik zu später Stunde: Verdunkelungsversuche der Großen Koalition von Kirsten Tackmann

Die Debatten um die Risiken der Agro- Gentechnik sind lang und emotional. Auch in der Großen Koalition wird schon seit zwei Jahren um eine Überarbeitung des Gentechnikgesetzes gestritten. Das was dabei rausgekommen ist, findet DIE LINKE einfach schlecht. Schwarz-Rosa kommt dem eigenen Anspruch Verbraucherinnen und Verbraucher, sowie die gentechnikfreie Landwirtschaft und die Umwelt wirksam vor der Agro- Gentechnik zu schützen, nicht nach. Eine große Debatte wird aber nicht gewollt: Daher fand die erste Lesung des Gesetzentwurfes auch mitten in der Nacht (4 Uhr!) statt.

Die Änderungsvorschläge sind ein Freifahrtschein für die Forschung. Transparenz, Mitsprache und Sicherheit werden beiseite geschoben, um Freisetzungsversuchen Gartentür und Scheunentor zu öffnen. Es soll z.B. Erleichterungen bei Feld-Versuchen geben: Das so genannte vereinfachte Verfahren. Damit muss ein Versuch nur noch einmal an einem Standort genehmigt werden, danach kann munter drauflos geforscht werden. Überall. An allen Standorten – ohne die Beteiligung der Bevölkerung und der Landwirtschaft vor Ort. DIE LINKE fordert bei Forschung genauso hohe Sicherheitsvorkehrungen wie beim Anbau. Das vereinfachte Verfahren lehnen wir ab.

Auch die ohnehin schon niedrigen Sicherheitsabstände zwischen Genmais und normalem Mais sollen ganz im Sinne der Agro- Gentechnik- Lobby unterlaufen werden können. Durch „private Absprachen“ – von Gartenzaun zu Gartenzaun – können sich Nachbarn auf geringe Abstände einigen. Damit sind Kontaminationen – also die Verunreinigung durch Agro- Gentechnik- vorprogrammiert. DIE LINKE setzt sich für Sicherheitsabstände ein, die so hoch sind, dass es zu keinen Kontaminationen kommen kann. Private Absprachen lehnen wir ab.

Die Debatte um das Gentechnikgesetz wird wohl bis Januar dauern. Wir bleiben am Ball und setzen uns für die gentechnikfreie Landwirtschaft und Imkerei ein!

Zur Debatte um das von der CSU geforderte Betreuungsgeld von Diana Golze

Zurück in die „Heile-Welt-Familie“, könnte man die doppelte Rolle rückwärts der Familienministerin von der Leyen auch werten und muss sich kopfschüttelnd fragen, worüber sie in den vergangenen Monaten eigentlich gesprochen hat oder ob hinter all diesen Debatten um die Frage der Kinderbetreuung nicht doch nur der wirtschaftliche Aspekt eine Rolle gespielt hat.

Dass das Betreuungsgeld nun im Gesetzentwurf zum Krippenausbau steht, macht einmal mehr deutlich, dass die Kinderbetreuungsoffensive der Bundesregierung immer noch nicht zuallererst das Wohl der Kinder zum Ziel hat. Eine solche kurzsichtige Politik ist nicht nur gefährlich, sie ist existenzbedrohend für die davon betroffenen Kinder.

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Pressemitteilungen der Landesgruppenmitglieder

Lothar Bisky: <http://www.lothar-bisky.de>

Politische Schleichwerbung der Bundesregierung

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1232096495>

Keine nutzerspezifische Werbung in sozialen Netzwerken

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1218387039>

Dagmar Enkelmann: <http://www.dagmar-enkelmann.de/>

Der Strom-Mafia endlich das Handwerk legen

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1254627627>

Diana Golze: <http://www.diana-golze.de/>

Herdprämie auf Druck der CSU – SPD spielt Opposition in der großen Koalition

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1294061209>

Von der Leyen verurteilt das Betreuungsgeld – und schreibt es dann ins Gesetz

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1261469695>

Debatte um "Herdprämie" lenkt von Kinderarmut ab

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1254893528>

Wohltätigkeiten sind gut, soziale Rechte sind besser

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1247351920>

Wolfgang Neskovic: www.wolfgang-neskovic.de/

Kontrolle des BND liegt im Argen

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1247784882>

Landesarbeitsgericht hebt verfassungswidrige Zensur des Streikrechts auf

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1205122120>

Kirsten Tackmann: www.kirsten-tackmann.de

Die SPD und das Bombodrom: Jetzt sind Taten gefragt!

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1269275616>

Verbindliche Regelung statt Plauderei

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1236701600>

Gen-Mais-Moratorium: Frankreich geht mit gutem Beispiel voran

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1258244937>

Hände weg vom Äbbel- und Kirschwein!

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1256039993>

Gemeinsam gegen das Bombodrom! Nicht nur ausloten, sondern durchsetzen!

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1227105025>

Kein Vergleich von Äpfeln mit Birnen!

<http://www.linksfraktion.de/pressemitteilung.php?artikel=1262803127>

Reden der Landesgruppenmitglieder

Kirsten Tackmann: http://www.linksfraktion.de/mdb_tackmann_reden.php

- Finanzierung von Frauenhäusern bundeseinheitlich sicherstellen und losgelöst vom SGB II regeln
- Gesetzentwurf der Koalition gefährdet gentechnikfreie Landwirtschaft und Imkerei
- Agrarberichte sind Grundlage für die politische Diskussion
- Sozialversicherungssystem in der Landwirtschaft muss leistungsfähig, bezahlbar und sozial gerecht sein

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Weitere zentrale Themen der Sitzungswoche und Anträge der LINKEN

Entschließungsantrag zum Antrag der Bundesregierung „Fortsetzung des Einsatzes bewaffneter deutscher Streitkräfte ...“ (Operation Enduring Freedom in Afghanistan)

Die Bundesregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, den am 4. Okt. 2001 "festgestellten NATO-Bündnisfall" angesichts des Terroranschlags auf die USA und der damit anlaufende "Antiterrorkrieg" zu beenden respektive einseitig für beendet zu erklären und damit aus OEF auszusteigen. Enduring Freedom ist ein Völkerrechtsbruch, da das Selbstverteidigungsrecht gemäß der UN-Charta Artikel 51 aus vielfältigen Gründen hier nicht (mehr) greift. Vielmehr dient dieser angebliche Antiterror-Krieg der weltweiten imperialen Machtprojektion des Westens. Mit der Einstellung des Bündnisfalles würde es dem Westen erheblicher schwerer fallen, diese Legitimationsfigur aufrecht zu erhalten, um imperiale Macht auszuüben.

Drs.: 16/6971 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7771457019_1606971.pdf

Drs.: 16/6660 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7717283403_1606660.pdf

Entschließungsantrag zur Unterrichtung der Bundesregierung „Der Nationale Integrationsplan – Neue Wege – Neue Chancen“

Die Bundesregierung hat mit dem Nationalen Integrationsplan und den Integrationsgipfeln das Thema öffentlich besetzt. DIE LINKE weist auf die eklatanten Lücken und Schwächen und den instrumentellen Charakter des vorliegenden Integrationsplans hin sowie auf die reale Politik der Aufgrenzung und Gesetzesverschärfungen, die den Integrationsplan unglaubwürdig erscheinen lassen. Wir fordern die Einsetzung eines unabhängigen Gremiums von Sachverständigen und Betroffenenorganisationen, das dem Bundestag Vorschläge für eine gerechte und offene Integrationspolitik erarbeiten soll.

Drs: 16/6281 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7712084908_1606976.pdf

Antrag Beschäftigungssituation Älterer verbessern – Übergang vom Erwerbsleben in die Rente sozial verträglich gestalten

Die Arbeitsmarktsituation Älterer ist nach wie vor schlecht. Die Rente ab 67 ist daher falsch und wird zu sozialen Verwerfungen führen. Sie muss zurückgenommen werden. Außerdem müssen wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation Älterer ergriffen und Instrumente entwickelt werden, die flexible Übergänge vom Erwerbsleben in die Rente (im Regelalter von 65 Jahren) ermöglichen.

Drs: 16/6929 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7700225287_1606929.pdf

Antrag Entfernungspauschale vollständig anerkennen – Verfassungsmäßigkeit und Steuergerechtigkeit herstellen

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die zum 01. Januar 2007 durchgesetzte Einschränkung der Entfernungspauschale für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte sofort zurückzunehmen und diese wieder vollständig als Werbungskosten bzw. Betriebsausgaben anzuerkennen und damit Verfassungsmäßigkeit und Steuergerechtigkeit wieder herzustellen.

Drs.: 16/6374 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7787046597_1606374.pdf

Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Antrag Errichtung eines Denkzeichens mit Dokumentationszentrum zur Erinnerung an die friedliche Revolution von 1989

Erinnerungspolitische Stellungnahme der Linksfraktion zu Ehren der Demokratisierungsbe-
wegung in der DDR.

Drs.: 16/6926 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7715624533_1606926.pdf

Antrag Schnellstmögliche Einführung eines generellen Tempolimits von 130 Stundenkilometern auf Bundesautobahnen

Die Gründe für ein generelles Tempolimit leiten sich aus dem Umwelt- und Klimaschutz, der Energieeinsparung, der technologischen Zukunftsfähigkeit der deutschen Automobilindustrie, der Verkehrssicherheit sowie dem demografischen Wandel ab. Der Autoverkehr muss seinen Beitrag zum Klimaschutz und zur Verkehrssicherheit leisten.

Drs.: 16/6932 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7736326841_1606932.pdf

Antrag Bei öffentlichen Aufträgen sozialökologische Anliegen und Tariftreue durchsetzen

Wir wollen, dass die öffentliche Hand nicht weiter nach dem Niedrigstpreisprinzip einkauft oder Aufträge vergibt und damit Lohndumping und Umweltzerstörung befördert. Das Öffentliche Beschaffungswesen muss gesamtwirtschaftlich und gesamtgesellschaftlich verantwortungsvoll agieren. Hierzu müssen die Tariftreue, menschenwürdige Löhne (Mindestlöhne), internationale Arbeits- und Menschenrechtsstandards sowie ökologische Vorgaben explizit in das Vergaberecht eingeführt werden.

Drs.: 16/6930 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7714662513_1606930.pdf

Antrag Finanzierung von Frauenhäusern bundeseinheitlich sicherstellen und losgelöst vom SGB II regeln

Wir kritisieren, dass der Aufenthalt in Frauenhäusern über die Hartz-IV-Tagessätze erfolgt, und fordern bedingungslosen Zugang für alle Frauen unabhängig von Einkommen, Herkunft oder Nationalität. Die Bundesregierung wird aufgefordert, ein bundeseinheitliches Konzept zur Finanzierung von Frauenhäusern zu erstellen. Die Finanzierung muss institutionell gesichert werden und kostendeckend erfolgen, damit alle betroffenen Frauen deren Schutzangebote annehmen können.

Drs.: 16/6928 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7725624101_1606928.pdf

Antrag Heizkostenzuschüsse für einkommensschwache Privathaushalte ermöglichen

Bezahlbarer Wohnraum ist eine Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe. Wohngeld soll eigentlich die Situation armer Haushalte verbessern. Allerdings werden bisher keine Kosten für Heizung und Warmwasser anerkannt. Das bringt viele betroffene Haushalte in Bedrängnis. Während seit Anfang 2000 die Mieten im Schnitt um 5,4% stiegen, explodierten die Energiekosten um 30%.

Drs.: 16/3351 http://dokumente.linksfraktion.net/drucksachen/7757176600_1603351.pdf



Newsletter

der Landesgruppe Brandenburg in der Bundestagfraktion DIE LINKE.

Weitere Informationen und Termine



Konferenz - 09./10.11.07 in Hannover „Zwischen öffentlich und privat“

Die sozialen und ökologischen Probleme neoliberaler Wirtschaftspolitik werden immer offensichtlicher. Private Gewinne steigen ins Unermessliche, während öffentliche Güter und der Sozialstaat immer weiter abgebaut, die natürlichen Lebensgrundlagen zerstört werden. In vielen Ländern haben genossenschaftliche Betriebe als Teil einer Solidarischen Ökonomie bereits eine große Dynamik entwickelt. An der Antiprivatisierungs- und Genossenschaftskonferenz.

Information: **Debatte zur Vorratsdatenspeicherung im Bundestag am Freitag**



Die meisten Experten bezweifeln, dass die Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung verfassungskonform ist. Im Schnellverfahren mit nur 30 Minuten Debatte will die Bundesregierung am Freitag ihre verhängnisvollen Pläne umsetzen.

Die Bürgerinitiative unterstützen und Widerstand leisten!
<http://www.vorratsdatenspeicherung.de/>

„Manifest für eine gerechte Arbeitswelt“

**Gute Arbeit –
Gutes Leben**

Manifest für eine gerechte Arbeitswelt

DIE LINKE.
IN BRANDENBURG

DIE LINKE legt ein umfassendes Programm vor, das den modernen Anforderungen der Menschen an die Erwerbsarbeit tatsächlich gerecht wird. Anders als die SPD, die die Ausbreitung schlechter Arbeit (unsicher, gering bezahlt, nicht mitbestimmt) nur beklagt, aber nicht zu einer Abkehr von der Agenda- Politik bereit ist, benennt DIE LINKE konkrete Schritte für eine Wende in der Arbeitsmarktpolitik.

Hier zum download:

<http://dokumente.linksfraktion.net/pdfdownloads/7756633852.pdf>

